

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1990)
Heft: 1: Energiepolitik auf Sparflamme

Rubrik: Energieszene Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweiz In den Bemühungen um einen besseren Gewässerschutz hat der Ständerat auf der ganzen Linie zurückgebucht: Er lehnte am 5. Dezember 1989 eine Klausel gegen Tierfabriken und die Idee des Landschaftsrappens erneut ab. Der Rat sprach sich auch gegen griffige Mindestwasservorschriften aus. Das Gewässerschutzgesetz kam zur Differenzbereinigung in die kleine Kammer zurück, nachdem diese schon in der ersten Lesung im Oktober 1988 in den entscheidenden Fragen weitgehend den Interessen der Elektrizitätswerke und der Landwirtschaft nachgegeben hatte. Demgegenüber war der Nationalrat im Juni auf eine umweltbetonte Linie eingeschwenkt, die auch von Seiten der Verfechter der Gewässerschutzinitiative als akzeptabel bezeichnet worden war. Deutlich mit 27 gegen 13 beziehungsweise 27 gegen 12 Stimmen beharrte der Rat auf einer restriktiven Auslegung der Restwasserbestimmungen. Das Plenum stimmte einer «Verständigungslösung» der Kommission zu, die aber nach den Worten von Bundesrat Flavio Cotti nicht nur einer Aushöhlung des Gesetzes gleichkommt, sondern sogar einen weiteren Rückschritt bedeutet. Ausnahmen von den Restwasservorschriften für ein neues Projekt sollen nach Meinung der Mehrheit nämlich auch dann gestattet sein, wenn in der gleichen Region oder in der Umgebung ein Ausgleich geschaffen wird. Zugleich könnten die Mindestmengen dann unterschritten werden, wenn ein Werk eine Einbusse von mehr als zehn Prozent der zuvor produzierten Winterenergie erleidet. TA, 6. 12. 89

Schweiz Die italienische Regierung und der Schweizer Bundesrat haben am 15. Dezember 1989 in Rom laut Mitteilung des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA das Abkommen über den «Informationsaustausch bei nuklearen Zwischenfällen» unterzeichnet. Das Abkommen stützt sich auf die Wiener Konvention von 1986, die nach dem Unglück von Tschernobyl von der Internationalen Atomenergieagentur ausgearbeitet wurde. Der Vertrag tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander die Erfüllung der verfassungsmässigen Voraussetzungen bekanntgegeben haben. Er will die «rasche und gegenseitige Information» in Notfallsituationen «mit radiologischen Auswirkungen wie beispielsweise aussergewöhnlich hohen Radioaktivitätswerten» sicherstellen, schreibt das EDA. NZZ, 20. 12. 89

Mühleberg Das Überwachungs- und Zutrittskontrollsystem zum Kernkraftwerk Mühleberg KKM wird auf Anfang 1990

verbessert, und das Temporärpersonal soll zusätzlich überprüft werden. Dies sind die Konsequenzen welche die Bernischen Kraftwerke AG BKW aus dem «Fall Shourot» gezogen haben. Der 23jährige Maurice Shourot, ein in Österreich lebender Amerikaner, hatte sich im vergangenen Sommer für die Jahresrevision im Kernkraftwerk als Mechaniker einstellen lassen. In der österreichischen Lokalzeitung «Vorarlberger Nachrichten» erschien dann eine Artikelserie, in der schwere Vorwürfe bezüglich des Strahlenschutzes in Mühleberg erhoben wurden. Der Vorwurf, dass der Strahlenschutz für ausländische Arbeitnehmer schlechter sei als für das eigene Stammpersonal, ist gemäss BKW nicht stichhaltig. Shourot konnte unbemerkt einen Fotoapparat ins Werk einschmuggeln und dort benutzen. Man müsse davon ausgehen, dass trotz umfangreicher Kontrollen kleinere Mengen Sprengstoff ins Werk eingeschmuggelt und gezündet werden könnten, heisst es dazu im Bericht. Eine gleichzeitige Zerstörung aller Aktivitätsbarrieren könne aber ebenso ausgeschlossen werden wie eine Gefährdung der Bevölkerung bei einem böswilligen Eingriff gegen Anlage-teile im Innern des Werkes. TA, 15. 12. 89

ENERGIE SZENE SCHWEIZ

Mühleberg Im Kernkraftwerk Mühleberg bei Bern ist es am 7. Dezember 1989 zu einer automatischen Schnellabschaltung und einer «kurzfristig leicht erhöhten Radioaktivitätsabgabe» gekommen. Die Schnellabschaltung um 15.35 Uhr sei durch eine mechanische Erschütterung einer Messleitung ausgelöst worden. Die behördlich festgelegten Limiten der Radioaktivität seien trotz der kurzfristig erhöhten Werte zu keiner Zeit erreicht worden. Das Atomkraftwerk wurde knapp zwei Stunden nach der Abschaltung wieder in Betrieb gesetzt. TA, 8. 12. 89

Refuna Die Nordostschweizerischen Kraftwerke NOK haben die Errichtung einer zweiten Heizerstufe für das Kernkraftwerk Beznau I beschlossen. Damit kann den gegenüber dem ursprünglichen Pro-

jekt deutlich gestiegenen Anforderungen der Wärmeabgabe an das Regionale Fernwärmenetz Refuna auch in der Zukunft entsprochen werden. Der zusätzliche Heizer soll noch im laufenden Jahr installiert werden. AT, 20. 1. 90

Nagra/Waadt Die Bevölkerung von Ollon macht ihre Drohung wahr: Sie lässt die Nagra nicht arbeiten. Die zehn Nagra-Mitarbeiter, die am 5. Dezember 1989 im Waadtländer Bauerndorf auftauchten, sahen sich sofort von einer demonstrierenden Menge umringt. 60 Kantonspolizisten bewachten die Männer der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle Nagra bei ihrer Arbeit, doch konnten sie kaum etwas unternehmen. Sie versuchten nicht einmal, in den Bois de la Glaive, den eigentlichen Forschungsort, einzudringen, sondern blieben am Rande des Gebietes. Die Bürgerwehr hatte die Zugangsstrasse verbarrikadiert und Späher eingesetzt. Wie schon am Vortag läuteten die Kirchenglocken in Ollon Sturm, um die Nagra-Gegner im Dorf zu versammeln. Es kam zu keinen Gewalttätigkeiten. TA, 6. 12. 89

Nagra Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle Nagra in Baden hat gemäss Nagra-Präsident Issler keinen Grund, an ihrem Endlagerkonzept Abstriche oder Erweiterungen vorzunehmen. Sie gehe davon aus, dass für den Bau einer Kaverne mit kurzlebigen schwach- und mittelradioaktiven Abfällen am Wellenberg (NW), am Oberbauenstock (UR), am Piz Pian Grand (GR) und bei Ollon (VD) gleichwertige Beurteilungsgrundlagen vorliegen müssten. Für Bauen und das Mixox liegen die Messergebnisse bereits vor. Sie ergaben laut Issler keinen Grund, auf die Endlagerpläne zu verzichten. Am Wellenberg sollen die Sondierarbeiten im kommenden Mai aufgenommen und innert Jahresfrist ausgewertet werden. Was die Vorarbeiten in Ollon betrifft, so würden diese aus politischen Gründen auch gegen den Widerstand der Bevölkerung vorangetrieben, wie Issler betonte. Sollten sich die betroffenen Eigentümer weiterhin weigern, so wolle die Nagra beim Bundesrat ein Gesuch um befristete Enteignung jener Grundstücke stellen, auf denen Messungen und Bohrungen geplant sind. Die Nagra veranschlagt rund anderthalb Jahre für dieses Verfahren, da Rekursmöglichkeiten bis vors Bundesgericht bestehen. Wenn die Nagra in Ollon nachgebe, sei ein «Dominoeffekt» zu befürchten. Mit einem gewissen Recht würde sich dann auch die Bevölkerung an den anderen

Bohrplätzen zur Wehr setzen, sagte Issler. Im besten Fall rechnet die Nagra mit der Inbetriebnahme eines Endlagers im Jahr 1998, drei Jahre später als im Projekt «Gewähr» von 1985 geplant. Die Zeit drängt, da die Zwischenlager bei den Kernkraftwerken nur noch bis zum Jahr 2000 ausreichen. Für die kurzlebigen Abfälle aus der Forschung, der Industrie und den Spitälern will der Bund deshalb ein eigenes Lager einrichten, wofür die Gemeinde Würenlingen vor kurzem die Bewilligung erteilte [siehe Seite 19 in dieser Nummer]. Ebenfalls in Würenlingen sollen in einem weiteren Lager ab Mitte der 90er Jahre jene hochradioaktiven Abfälle aufgenommen werden, die aus den Aufbereitungsanlagen in La Hague (F) und Sellafield (GB) in die Schweiz zurückkommen. TA, 11. 1. 90

Grimsel Die Kraftwerke Oberhasli KWO halten an den Ausbauplänen ihrer Anlagen im Grimselgebiet vollumfänglich fest. Die Gesellschaft stellte am 15. Januar 1990 in Bern ihre Stellungnahmen zu den Berichten der kantonal-bernerischen Koordinationsstelle für Umweltschutz und der Elektrowatt vor, die kritische Fragen aus Sicht der Umwelt und des Energiebedarfs zum neuen Speicherbecken gestellt hatten. Scharfe Kritik übt die KWO am Bericht der Elektrowatt Ingenieurunternehmung EWI, der nicht annehmbar sei. Er beurteile das Projekt nicht einfach nur als ungünstig, sondern seine wichtigsten Aussagen beruhten auf völlig falschen Vorgaben und seien zum Teil erst noch gegenläufig. Die EWI habe in einem Brief an die KWO zudem selber eingeräumt, dass Meldungen, wonach der Bericht eine klare Absage an den Ausbau der KWO sei, nicht dem Verständnis des Berichtsinhalts entspreche, sagte Müller. Der Bericht der Koordinationsstelle für Umweltschutz enthalte keineswegs bloss den Antrag auf Ablehnung des Konzessionsgesuchs, sondern auch einen Eventualantrag mit der Forderung nach einer Reihe von Zusatzabklärungen. Die KWO seien bereit, überprüfen zu lassen, ob und welche Projektanpassungen allenfalls möglich seien.

Die Gegner des Projekts, der Grimselverein und mehrere gesamtschweizerische Umweltorganisationen, halten an ihrer Opposition fest, die sich unter anderem in über 500 Einsprachen manifestiert hatte. Durch den neuen Stausee würden rechtsverbindlich geschützte Gebiete, unter anderem ein Arvenwald, verschwinden. Auch die Abflussverhältnisse der Aare würden gestört. Mit «kosmetischen» Änderungen sei nichts gewonnen. Die KWO seien auf dem Weg zu einer «Planungsruine». Rudolf Strahm, Zentralsekretär Naturfreunde Schweiz, warf den KWO vor, dass sie bei ihrer Replik auf den EWI-

Bericht einfach die Annahmen manipuliert hätten, um das Endresultat in einem günstigeren Licht erscheinen zu lassen. Dies sei zwar das Recht jedes direkt interessierten Konzessionsgesuchstellers, mache aber sein Projekt nicht glaubwürdiger. Die KWO könne die Tatsache nicht widerlegen, dass Grimsel-West die teuerste Variante aller Bedarfsdeckungsmöglichkeiten für den Winterstrom darstelle. TA, 16. 1. 90

Grande Dixence Das Milliardenprojekt Cleuson/Grande Dixence 1100 MW hat seine erste Hürde genommen. Am 21. Dezember 1989 veröffentlichte das Energiedepartement des Kantons Wallis den mit Spannung erwarteten Entscheid: Die Einsprachen von WWF sowie drei weiterer Opponenten werden abgelehnt. Gleichzeitig werden dem Bauherrn strenge Auflagen gemacht, welche den Einsprechenden entgegenkommen. Druck auf das Dossier übte ohne Zweifel das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft Buwal aus, welches die Vorgaben der kantonalen Umweltfachstelle arg verschärfte. Walliser Bote, 22. 12. 89

Der WWF rekurriert nun gegen den Entscheid des Walliser Energiedepartementes betreffend die Baubewilligung. Der Verzicht auf das Fenster «Grand Alou» bedeutet hingegen einen wichtigen Sieg für den WWF. Walliser Bote, 23. 12. 89

ABB Mit der Übernahme der amerikanischen Energietechnik-Firma Combustion Engineering wird der ABB-Konzern zu einem bedeutenden Kernkraftwerkanbieter. Vom Service- und Neugeschäft im Kraftwerkbau erhofft sich ABB grosse Umsätze in der Zukunft. Combustion Engineering CE ist mit einem Umsatz von knapp 1,7 Milliarden Dollar oder fast der Hälfte der Gesamtverkäufe in den USA die Nummer drei im Bau und Unterhalt von Kernkraftwerken. 16 Werke der CE mit Druckwassertechnik sind dort in Betrieb, zwei weitere hat der Konzern in Südkorea im Bau. ABB ihrerseits hat in Europa zwölf AKW gebaut. «Insgesamt kontrolliert ABB künftig jährlich einen Ausstoss von 300 Tonnen nuklearen Brennstoffs», sagt Percy Barnevik und meint damit, dass die 30 Kernkraftwerke zusammen 300 Megawatt Energie produzieren. «Damit wandeln wir uns von einem provinziellen, zweitrangigen Niveau zu einem international bedeutenden «Player»», freut sich der schwedische Konzernleiter von ABB. Wie auch immer die Kernkraftdiskussion ausgehen sollte, ob also weltweit noch eine bedeutende Zahl von KKW gebaut werden oder nicht, für ABB und CE sind die Marktchancen enorm.

Gegenwärtig sind auf allen Kontinenten insgesamt etwa 500 Kernkraftwerke in Betrieb. Diese müssen mit zunehmendem Alter für immer grössere Beträge saniert werden. Auf dieses Service- und Unterhaltsgeschäft hat es ABB mit der Akquisition abgesehen. «Auch wenn kein einziges KKW mehr gebaut wird, ist der Unterhalt für uns ein Riesenmarkt», sagt Barnevik. Cash, 17. 11. 89

ETH Zürich Die Nordostschweizerischen Kraftwerke NOK übernehmen die Salärkosten für eine sechsjährige Assistenzprofessur an der ETH Zürich auf dem Gebiet der Elektrizitäts- und allgemeinen Energienutzung. Der Bundesrat hat ein entsprechendes Schenkungsversprechen angenommen, wie das Eidgenössische Departement des Innern EDI mitteilte. Die NOK wollen mit ihrer Schenkung die wissenschaftliche Erforschung des Stromsparens fördern. Diese Zielsetzung deckt sich mit jener der ETHZ, die dem neuen Professor substantielle Lehraufgaben dieser Richtung übertragen wird. Irgendwelche Verpflichtungen geht der Bund gegenüber der Spenderin nach Auskunft des EDI nicht ein, und die Unabhängigkeit der ETHZ ist durch einen Schenkungsvertrag gewahrt. AT, 5. 12. 89

Cern Genf Im Beisein hoher Prominenz ist am 13. November 1989 am Europäischen Laboratorium für Teilchenphysik Cern bei Genf der weltweit grösste Teilchenbeschleuniger (LEP) offiziell eingeweiht worden. Das Cern befasst sich mit Teilchenphysik. Diese erforscht die aller kleinsten Bausteine der Materie. Es gilt herauszufinden, nach welchen Gesetzen die Welt und das ganze Universum funktionieren. Hierzu bedienen sich die Forscherinnen und Forscher des derzeit grössten wissenschaftlichen Instruments der Welt, des Elektronen-Positronen-Kollidierings LEP. Elektronen und ihre Gegenstücke aus Antimaterie, Positronen, werden mit nahezu Lichtgeschwindigkeit in einem 27 Kilometer langen unterirdischen Ring herumgejagt und prallen dann aufeinander. Vier gewaltige Detektoren, jeder so gross wie ein vierstöckiges Haus, sind über den Ring verteilt. Sie fangen die dabei entstehenden Materienbruchstücke auf, zeichnen sie auf und analysieren sie. Mit dem Bau des LEP wurde 1983 begonnen. Im Sommer 1989 wurde er fertiggestellt. Die Anlage kostete 1,3 Milliarden Franken. VR, 14. 11. 89

TA Tages-Anzeiger, NZZ Neue Zürcher Zeitung, AT Aargauer Tagblatt, VR Volksrecht